



BERLININFO

NR. 9

3. Juni 2016



Mechthild Heil MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

Frau Eva Kühne-Hörmann, Justizministerin in Hessen, berichtete uns von einer interessanten Initiative. Richter, Rechtsanwälte und Rechtspfleger bieten in Kooperation mit Flüchtlingseinrichtungen Veranstaltungen an, wo ganz praktisch über deutsches Recht informiert wird. Die Ministerin berichtete z.B. von dem Erstaunen der Hörer, das Eltern den teuren Handyvertrag ihres 15-Jährigen zurückgeben können, das Schmiergeldzahlungen im Asylverfahren nicht helfen und - auf eine Nachfrage hin - auch der Versuch der Bestechung bei uns strafbar ist. Ein Mann berichtete, er werde geschlagen und war genauso erstaunt, dass er dies anzeigen könne, wie betroffen, dass eine falsche Beschuldigung bei uns auch geahndet wird. Ich finde, das klingt nach einer wirklich guten Initiative, nah dran an den Fragen der Menschen. Ich will nun versuchen mit den Amtsgerichten und den Trägern der Flüchtlingseinrichtungen auszuloten, ob solche Rechtsstaatsklassen auch vor Ort etabliert werden könnte.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Ihre 



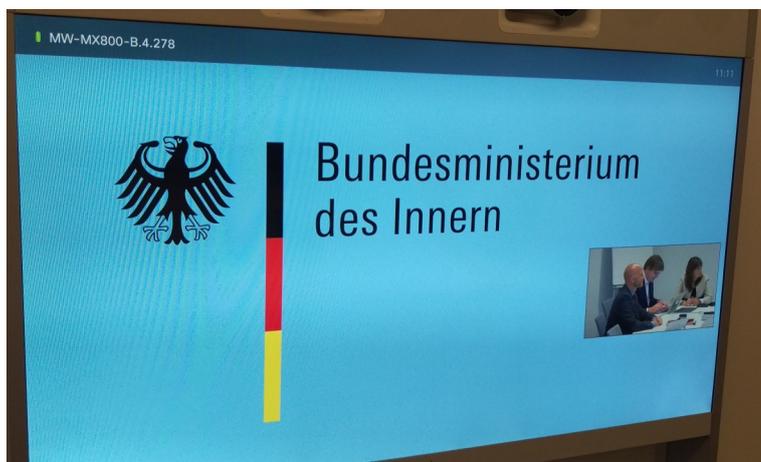
Gründe zum Feiern findet man immer

Am Mittwoch traf sich der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur 100. Sitzung in dieser Legislaturperiode. Damit sind wir Tabellenführer ;-). Zur Feier des Tages gab es frisches Gebäck, passenderweise in Form von Paragraphen. Frisch gestärkt hatte ich als Berichterstatterin in der Sitzung die Möglichkeit den Standpunkt der CDU/CSU zur Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in der Europäischen Union darzulegen. Die Debatte wird in der Öffentlichkeit sehr intensiv, emotional und leider teilweise auch unsachlich geführt. Manch einem scheint es weniger um die Sache als um Angst-mache zu gehen. Fakt ist, nach der aktuellen Studienlage gibt es keine seriösen Hinweise, dass Glyphosat bei sachgemäßer Anwendung negative Gesundheitsfolgen hat. Als einziges Institut stuft das Krebsforschungsinstitut der WHO Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Das klingt schlimm! Aber wenn man weiß, dass das Risiko damit von den Wissenschaftlern gleich hoch wie „Schichtarbeit“ und „Matete“ eingestuft wird, ist man ein bisschen

schlau. Bei einem Verbot würden andere Methoden und Substanzen zum Einsatz kommen, mit teilweise noch unbekanntem Folgen. Daher setzen wir uns dafür ein Glyphosat im Rahmen der bereits vorhandenen strengen Anwendungsbedingungen ein.

Kommunikation mit Flüchtlingen erleichtern

Am Mittwoch habe ich die Firma heinekingmedia aus Hannover zu einem Termin ins Bundesministerium des Innern begleitet. Die Firma besteht seit 2007 mit heute 85 Angestellten hat eine App entwickelt, mit der dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Kommunikation erleichtert und deutlich sicherer gestaltet werden soll. Sie schafft einen sicheren Schirm über Smart Phone und PC um dort Nachrichten oder behördliche Dokumente so einfach wie bei whatsapp zu verschicken.



Im Gegensatz zu der amerikanischen Firma bleiben die Daten aber hier in Deutschland und werden datenschutzkonform behandelt. Eine auf die Flüchtlinge zugeteilte ID und ein Passwort soll hier den Zugang ermöglichen, um unter dem Schirm sicher und einfach zu kommunizieren. Zudem kann die App auch übersetzen, z.B. zwischen Deutsch und Syrisch, wodurch die Sprachbarriere überbrückt werden kann. Mit den Abgeordneten Maik Beermann und Nadine Schön unterstütze ich diese Idee und freue mich, dass das BAMF Interesse an der App zeigt. Weitere Informationen zu der Applikation finden Sie unter: www.stashcat.com

Besuch in der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler – Betonbauer Hachmeister aus Andernach liefert Unterkünfte

In der letzten Woche habe ich die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler besucht. In dieser Erstaufnahmeeinrichtung des Landes werden Flüchtlinge für einige Zeit betreut, bevor sie auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz verteilt werden. Konkreter Anlass des Besuches war die Ausgestaltung der Wohnmöglichkeiten. Martin Hachmeister, Betonbauunternehmer aus Andernach, hatte im vergangenen Herbst angesichts der damaligen dramatischen Flüchtlingszahlen seinen sogenannten „Beton-Shelter“ entwickelt und 60 davon im AKNZ aufgebaut. Bei den Unterkünften handelt es sich um 15 Quadratmeter große Räume, in denen jeweils 6 Personen zum Schlafen untergebracht werden können. Die Fertiggebäude sind jeweils in zwei Einheiten aneinandergelagert und können schnell abgebaut und per LKW transportiert werden. Ich konnte mich Ort von der Zweckmäßigkeit der Neuentwicklung, die durch Infrarotstrahler einfach beheizbar sind und auch über Stromanschlüsse verfügen, überzeugen. Mit Kosten von etwas über 15.000 Euro pro Shelter sind die Unterkünfte recht preiswert, was natürlich nur durch hohe Stückzahlen möglich ist, so Hachmeister. Mittlerweile gibt es auch aus dem Ausland Interessensbekundungen für seine Entwicklung. Achim Haag, Kreisvorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, informierte mich zudem vor Ort über die Betreuungsleistungen seiner Organisation für die Flüchtlinge. Die Kapazitäten im AKNZ, einer Einrichtung des Bundes, reichen für etwa 300 Personen, zurzeit seien 77 Plätze belegt, so Haag. Aufgrund eines Amtshilfeersuchens des Landes Rheinland-Pfalz hatte die AKNZ vor einem halben Jahr rund 300 Flüchtlinge aus unterschiedlichen Ländern aufgenommen. Nachdem in den ersten Monaten der vorhandenen Gebäudebestand und Zelte genutzt werden mussten, hat sich die Unterbringungs- und Sanitärsituation durch die Beton-Shelter aus Andernach deutlich verbessert. Ich begrüßte es sehr, dass die Flüchtlinge in Bad Neuenahr-Ahrweiler zweckmäßig untergebracht sind. In Gemeinschaftsräumen werden die Mahlzeiten eingenommen, für die Kleinkinder gibt es drinnen und draußen Spielmöglichkeiten. Die Schulkinder werden vor Ort unterrichtet, ebenso gibt es Deutschkurse.



Auge um Auge, Zahn um Zahn?

Wie schütze ich mich vor Hasskommentaren und „Shitstorms“ ?

Die Welle der Empörung auf Äußerungen von Gauland zu Boateng, von Böhmermann zu Erdogan oder eine Bemerkung von Brüderle zu einer Journalistin zeigen, dass der Ton in den Sozialen Medien rauer und verletzt mitunter deutlich die Persönlichkeitsrechte. Politiker sind ein beliebtes Ziel für Beleidigungen. Gelten hier die gleichen Regeln wie im Leben von Nicht-Politikern? Wie kann und wie schnell muss ich reagieren? Auge um Auge, Zahn um Zahn ist das die Lösung im Netz? Darüber haben Christopher Runge, Geschäftsführer der R&R Unternehmensgruppe und die beiden SKW Schwarz Anwälte Dr. Ilja Czernik und Nikolaus Bertermann in meinem Social Media Workshop referiert. Dabei wurde klar: Diskussion ist wichtig und gewollt. Dennoch gibt es Grenzen in der Auseinandersetzung, die auch bei einem Politiker nicht überschritten werden dürfen. Beleidigungen im Bereich der Privat- oder Intimsphäre gehören dazu. Es ist – und da bin ich anderer Meinung als Justizminister Heiko Maas – aber nicht die Aufgabe von Unternehmen wie Facebook und Co. zu entscheiden, wann ein Kommentar übergreifig ist und gelöscht wird. Gerne sollen die Unternehmen ihre eigenen Verhaltenskodexe befolgen. Aufgabe der Staatsanwaltschaft und der Gerichte bleibt es aber zu entscheiden, was zu unterlassen, was beleidigend und zu bestrafen ist.



Volles Programm bis zur Sommerpause

Derzeit verhandelt die Koalition in der Bundesregierung und im Bundestag zahlreiche wichtige Vorhaben, so dass arbeitsreiche Wochen bis zur Sommerpause vor uns liegen. Diese Vorhaben sind von Bedeutung für die Bürger und die Unternehmen in unserem Land. Wir diskutieren die künftige Ausgestaltung der Leistungen für behinderte Menschen im Bundesteilhabegesetz. Das Integrationsgesetz bringen wir auf den Weg und beraten es zügig, um in erster Linie anerkannten Flüchtlingen Angebote zu machen und Integration einzufordern. Intensiv wird die Zukunft des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes verhandelt, bei dem wir das richtige Maß zwischen vernünftiger Förderung von Wind-, Solar- und Biomassenenergie und dem Netzausbau finden müssen. Die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen ist noch ein offenes Vorhaben, bei dem sich die SPD daran festhalten lassen muss, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Gleichzeitig arbeiten wir an dem Zukunftsthema Digitalisierung genauso weiter wie an der inneren Sicherheit. Schließlich hat unser Bundesfinanzminister Wolfgang

Schäuble eine gute Lösung für die Griechenlandhilfe erreicht.

Gedenken: Völkermord an den Armeniern und orientalischen Christen

Die Tötung vieler Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges war die größte Katastrophe in der Geschichte des armenischen Volkes. Den Deportationen und Massenmorden fielen unabhängigen Quellen zufolge über einer Million Armenier zum Opfer. Dies führte zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen von Massakern und Deportationen betroffen.

Die klare Benennung als Genozid soll vor allem zur Aussöhnung zwischen der Türkei und den Armeniern beitragen. Unser Ziel ist es, mit dem Antrag die türkische Seite zu ermutigen, sich mit den damaligen Vertreibungen und Massakern offen auseinanderzusetzen, um damit den notwendigen Grundstein zu einer Versöhnung mit dem armenischen Volk zu legen.

Fördern und Fordern der Integration

Mit dem Integrationsgesetz setzt Deutschland klare Maßstäbe, um anerkannte Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive besser zu integrieren. Wer in unserem Land Schutz findet, soll möglichst zügig auf eigenen Beinen stehen können und für sich und seine Familie eine Perspektive haben.

Das ist für jeden Einzelnen ebenso wichtig wie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir stehen für eine realistische Integration auf Zeit, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Ausreichende Sprachkenntnisse, Arbeit und das Bekenntnis zur deutschen Werteordnung sind Voraussetzungen einer erfolgreichen Integration.

Nach der enormen Kraftanstrengung, die unser Land auch mit Hilfe des Einsatzes vieler ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger bei der Unterbringung und Versorgung geleistet hat, legen wir nun eine solide Grundlage für die notwendigen Integrationschritte.

Deutscher Nachhaltigkeitspreis Forschung

Bis 10.6. können sich Forscher noch mit einem Projekt bewerben, das z.B. den Energieverbrauch oder den CO₂-Ausstoß von Kommunen oder Unternehmen senken kann. Organisiert wird der Preis von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Kooperation mit der Bundesregierung. Am Mittwoch war die Stiftung zu Gast im Bundestag und ich habe mit meiner Unterschrift das Projekt gerne unterstützt. Falls Sie im Umfeld einen interessierten Forscher haben, finden Sie hier weitere Informationen: <https://www.nachhaltigkeitspreis.de/home/wettbewerb/forschung/>



Daten und Fakten

Bruttoinlandsprodukt steigt. Die deutsche Wirtschaft ist kraftvoll in das neue Jahr gestartet: Im ersten Quartal 2016 war das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,7 Prozent höher als im vierten Quartal 2015. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich dabei vor allem aus dem Inland – insbesondere die Investitionen zogen zum Jahresbeginn deutlich an: In Ausrüstungen wurde 1,9 Prozent mehr investiert als im vierten Quartal 2015. Die Bauinvestitionen, begünstigt durch die milde Witterung, stiegen sogar um 2,3 Prozent. Zudem steigerten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben um 0,4 Prozent und die staatlichen Konsumausgaben waren um 0,5 Prozent höher als im Vorquartal. Die Nachfrage aus dem Ausland ist ebenfalls gestiegen: Den vorläufigen Berechnungen zufolge wurden insgesamt 1,0 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im vierten Quartal 2015. Allerdings erhöhten sich auch die Importe im selben Zeitraum etwas stärker, um 1,4 Prozent.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Mehr Diebstähle und Einbrüche. Wie in den Vorjahren dominierten auch im Jahr 2015 die Diebstahlsdelikte mit einem Anteil von 39,2 Prozent an der Gesamtkriminalität. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Anzahl um 1,8 Prozent auf 2.483.694 Fälle. Die Anzahl der Diebstähle ohne erschwerende Umstände – etwa dann, wenn Gegenstände nicht durch besondere Schutzvorrichtungen gesichert waren – erhöhte sich um 2 Prozent – darunter Taschendiebstähle (plus 3,9 Prozent auf 106.948 Fälle) und einfache Ladendiebstähle (plus 6,9 Prozent auf 369.465 Fälle). Schwere Ladendiebstähle, bei denen beispielsweise in einen verschlossenen Raum eingedrungen wurde, nahmen um 11,9 Prozent auf 21.936 Fälle zu. Auch die Zahl schwerer Diebstähle aus Boden- und Kellerräumen oder Waschküchen stieg um 3,5 Prozent auf 104.700 Fälle. Im Jahr 2015 wurden darüber hinaus 167.136 Wohnungseinbrüche registriert, was einem Plus von 9,9 Prozent entspricht. In 71.300 der Fälle (42,7 Prozent) blieb es dabei beim Einbruchversuch. Zwar fanden mit 70.333 Einbrüchen weniger als die Hälfte (42,6 Prozent) der Einbrüche zwischen 6 und 21 Uhr statt, mit einer Versuchsquote von 36,8 Prozent waren diese jedoch meist erfolgreicher.

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2015)

